

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 20. Juni 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **A 916 Anfrage Meier Anja und Mit. über die Rolle des Kantons in Anbetracht der Herausforderungen des Medienausbildungszentrums MAZ / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Anja Meier ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Anja Meier: Wir alle wissen es, die Medien sind finanziell stark unter Druck geraten. Werbegelder fließen vermehrt zu grossen internationalen Internetplattformen ab, Einnahmen aus Abonnementsverkäufen gehen zurück, und immer mehr Titel verschwinden. Das schwächt nicht nur die Berichterstattung vor Ort, sondern stellt auch das Medienausbildungszentrum (MAZ) in Luzern vor Herausforderungen. Durch die starke Medienkonzentration sind viele Stellen weggefallen, auch Praktika und Volontariate. Eine Anstellung bei einer Redaktion ist aber eine Voraussetzung für die Diplombildung Journalismus. Weniger Volontariate und Praktika bedeuten automatisch weniger Studierende am MAZ. Immer mehr Redaktionen können sich die Ausbildungen für Volontärinnen und Volontäre nicht mehr leisten oder aufgrund der sehr dünnen Personalabdeckung auf den Redaktionen überhaupt jemanden in die Diplombildung zu schicken. MAZ-Studierende müssen heute in der Regel selber für die Ausbildungskosten von rund 30 000 Franken aufkommen und gleichzeitig ihr Arbeitspensum reduzieren. Zunehmend mehr entscheiden sich deshalb aus finanziellen Gründen gegen ein Studium am MAZ und für ein verwandtes Studium an einer anderen Fachhochschule in der Schweiz. Ist das im Interesse von Luzern als Standortkanton? Für Studierende, die den Wohnsitz seit zwei Jahren im Kanton Luzern haben, übernimmt der Kanton knapp einen Drittel der Studiengebühren. Wie die Regierung in ihrer Antwort schreibt, richtet sie ihre finanziellen Beiträge danach aus, ob die Institution eine Aufgabe im Interesse des Kantons als Mehrwert für seine Bevölkerung erbringt. Das tut das MAZ. Das politische Wissen der Bevölkerung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Dafür braucht es auch qualifizierte Medienschaffende. Eine Überprüfung dieser subsidiären Mitfinanzierung nach dem Vorbild von immer mehr anderen Kantonen ist darum für die SP-Fraktion ebenfalls angezeigt. Das MAZ hat eine überregionale Ausstrahlung, deshalb liegt es nicht allein am Kanton Luzern, den zusätzlichen Finanzierungsbedarf zu stemmen. Aber als Standortkanton und Träger mit Vertretungen, Stiftungsrat und dem geschäftsführenden Ausschuss hat Luzern eine gewisse Mitverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten für das Mitinitiiieren von Austauschgefässen und Massnahmen, wie dem zunehmenden Aderlass begegnet werden kann und wie die Rahmenbedingungen für das MAZ optimiert werden können. Die Regierung verweist in ihrer Antwort auf Standortfaktoren wie eine gute Erreichbarkeit oder die Begünstigung der journalistischen Berichterstattung über kantonale Angelegenheiten. Das ist schön und gut, aber wenn der Kanton selber mehr selbstbezogene Medienarbeit macht und mehr

Medienmitteilungen verschickt, ist das noch kein Beitrag zur Stärkung der Medienvielfalt im Kanton Luzern. Es zeugt vielmehr von einem eher eng gefassten One-way-Dienstleistungsverhältnis gegenüber der vierten Staatsgewalt. Zum Schluss bleibt mir die Feststellung, dass die Luzerner Regierung die Situation des Medienplatzes Luzern leider verkennt. Laut ihrer Antwort gibt es nach wie vor ein breit gefächertes Angebot an politischer Berichterstattung. Doch der Aderlass geht inzwischen weiter. Die Titel verschwinden oder flüchten unter den Schutzschirm grösserer Verlage. Damit nimmt die regionale, politische und gesellschaftliche Berichterstattung weiter ab. Der Kanton möchte höchstens reaktiv tätig werden, wenn die Medienvielfalt weiter geschwunden ist. Das zeugt leider von wenig Weitsicht.

Rahel Estermann: Das MAZ ist zwar eine unauffällige, aber dafür sehr renommierte Institution. In unserer Kantonshauptstadt befindet sich die wichtigste Schule für Journalistinnen und Journalisten der Schweiz. Dort wird ein Handwerk gelehrt, ohne dass die Luzerner und Schweizer Demokratie nicht auskommen. Leider ist in der Antwort der Regierung kein klares Commitment des Kantons zum MAZ zu finden. Diese Zurückhaltung und dieses Zögern sind leider die Fortsetzung einer langen Geschichte. Das aktuelle Parlament erinnert sich vielleicht nicht mehr daran, aber von der erfahrenen Regierungsbank erinnert sich sicher der eine oder andere noch daran: 2012 wollte der Kanton den Betriebsbeitrag von 50 000 Franken ans MAZ einfach streichen. Daraufhin wollte das MAZ Luzern verlassen. Daraus ergab sich ein öffentlicher Aufruhr, über 800 Persönlichkeiten haben sich dafür ausgesprochen, dass das MAZ in Luzern bleiben soll. Schlussendlich hat der Kanton eingelenkt und die 50 000 Franken wieder gesprochen, und das MAZ ist in Luzern geblieben. Schon damals hat man wegen 50 000 Franken riskiert, dass das MAZ Luzern verlässt. Die damaligen Schwierigkeiten sind auf die Sparpakete zurückzuführen, heute, über zehn Jahre später, befinden wir uns bezüglich Kantonsfinanzen glücklicherweise an einem anderen Ort, aber auch bezüglich Medienlandschaft. Das MAZ muss für Auszubildende kämpfen. Kurzfristig läuft der Betrieb noch, so kann es auch der Antwort der Regierung entnommen werden. Langfristig ist die Unsicherheit für das MAZ aber sehr gross. Wir werden uns deshalb wohl kaum zum letzten Mal über diese Institution unterhalten. Unser Kanton ist Gründerkanton und Standort des MAZ. Ich wünsche mir, dass wir diese Tatsache mit Stolz vertreten und nicht mit der Zurückhaltung, wie sie der Antwort der Regierung entnommen werden kann, mit Stolz darauf, dass wir fast alle wichtigen Journalistinnen und Journalisten dieses Landes für ihre Aus- und Weiterbildung in Luzern hatten. Das ist übrigens eine grosse Imagewerbung und Öffentlichkeitsarbeit, die nebenher geschieht, und ebenfalls ein Standortfaktor. Es ist vor allem aber auch ein wichtiger Beitrag an die Demokratie in Luzern und der ganzen Schweiz. Ich habe die Erwartung an unseren Kanton, dass er sich aktiv Gedanken macht, wie wir das MAZ und die Ausbildungen für Journalistinnen und Journalisten in Luzern erhalten und stärken können. Ich wünsche mir, dass der Kanton seine Kontakte und seine Einsitznahme in den Gremien auch nutzt, um die Zukunft dieser Institution in unserer Kantonshauptstadt zu sichern.

Daniel Rüttimann: Anja Meier hat ein wichtiges Thema eingebracht. Die Regierung liefert mit dem ersten Satz der Antwort zu Frage1 die zentrale Hauptaussage: «Für die Demokratie ist eine objektive Medienberichterstattung essenziell.» Das sieht die Mitte-Fraktion und wohl auch alle anderen Parteien ebenfalls so. Objektivität wird wichtiger, umso weniger und kleiner die Medienvielfalt wird. Für uns ist das MAZ eine wichtige Institution, es leistet einen zentralen Beitrag für den Medienplatz Schweiz und gleichzeitig für die Schweizer Demokratie. Der Kanton Luzern ist finanziell und personell bereits beteiligt, das bestätigt auch die Wichtigkeit in dieser Sache. Mit dem Volksnein zum Medienpaket wurde eine Tendenz

bestätigt. Der Strukturwandel existierte bereits vorher. Die Informationspraxis hat sich eindrücklich verändert, man könnte sagen von der Papierzeitung am Morgentisch bis hin zur Liveübertragung von Medienkonferenzen direkt aufs Mobiltelefon, und das jederzeit. Aus Luzerner Sicht unterstützen wir es, dass der Ausbildungsplatz des MAZ weiterhin in Luzern bleiben kann. Das muss auch längerfristig im Auge behalten werden, und der Kanton Luzern soll dabei aktiv Sorge tragen. Wir sind uns jedoch auch bewusst, dass der bereits seit längerer Zeit anhaltende Medienwandel noch weitergeht. Das muss jedoch nicht zwingend eine Schwäche bedeuten. Diese Veränderung kann auch Chancen und Entwicklungspotenzial für eine neue, moderne und attraktive Berichterstattung bieten, die einerseits die Politik und andererseits das Demokratieverständnis stärken kann.

Bernhard Steiner: Für die SVP-Fraktion ist es klar, dass es für eine funktionierende Demokratie eine objektive Medienberichterstattung braucht. Weniger klar ist aber, wie man als Kanton Einfluss nehmen kann respektive darf, um eine wirklich ausgewogene Berichterstattung für die Luzerner Bevölkerung umzusetzen. Der Kanton Luzern beteiligt sich am MAZ finanziell mit einem jährlichen Beitrag von 50 000 Franken. Zudem übernimmt der Kanton auch einen Teil des Schulgeldes der Luzerner Studierenden für die Studiengänge zur Diplombildung Journalismus und Fotografie. Eine weiter reichende finanzielle Beteiligung scheint uns weder notwendig noch sinnvoll zu sein.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Medienvielfalt ist der Regierung wichtig. Es ist auch wichtig für die Demokratie, dass eine entsprechende Berichterstattung erfolgt und wir uns aufgrund objektiver Berichte eine Meinung bilden können. Die Medienausbildung ist folglich ebenso wichtig. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei aber um eine nationale Aufgabe. Als Standortkanton des MAZ wollen wir mit dem Jahresbeitrag von 50 000 Franken und einem Beitrag an die Schulgelder der Luzerner Studierenden zusätzliche Leistungen investieren. Wir machen also das, was wir im Rahmen unserer Möglichkeiten tun können. Wir sind stolz, dass das MAZ bei uns ist, es ist eine gute, renommierte Institution. Wir müssen aber auch anerkennen, dass bei der eidgenössischen Volksabstimmung im Februar 2022 ein Nein der Bevölkerung zur zusätzlichen Medienbetriebsung erfolgte. Daran halten wir uns. Zu unseren eigenen Medienmittlungen: Es ist wichtig und richtig, dass der Kanton auch selber kommunizieren kann und sich möglichst direkt an die Bevölkerung, aber auch an politisch Interessierte und die Medien wenden kann. Wir versuchen diese Medienmitteilungen möglichst gut aufzubereiten, damit sie auch weiterverwendet werden können.